

# Droht ein neuer »Kalter Krieg«?

## Machtpoker um die Ukraine

*Gerd Weidenhausen*

Nur als Grau-, Puffer- oder Armutzone trat in den letzten zehn Jahren die Ukraine ins öffentliche und veröffentlichte Bewusstsein und spielte dabei den sekundären Part eines dominanten Russland, dem es sich zu unterwerfen hatte. Die spärlichen Berichterstattungen aus der Ukraine handelten meist von mysteriösen Todesfällen im Umkreis diverser Mafiagruppen, die zunehmend einen Staat im Staate bildeten. Oder sie bezogen sich auf die zwielichtige Gestalt des langjährigen Präsidenten Leonid Kutschma, um dessen Nachfolge es auch bei den umstrittenen und Furore machenden Wahlen am 21. November 2004 ging. Diesem Präsidenten wurde unter anderem nachgesagt, den bis heute unaufgeklärten Mord an dem regimekritischen Journalisten Georgij Gongadse angestiftet zu haben.

Solche Berichte tangierten aber nur die Spitze des Eisbergs. Denn seit der Erlangung der Unabhängigkeit Dezember 1991 entwickelte sich in der Ukraine eine Form der »Clanherrschaft«, deren oligarchische Strukturen als Verlängerung alter sowjetischer Seilschaften gedeutet werden können. Das ukrainische Oligarchie-Modell, das scharfer westlicher Kritik ausgesetzt ist, ist staatskapitalistisch-korporativ organisiert. Es hat seine wirtschaftliche Basis in der Eisen-, Metall- und Stahlindustrie mitsamt dem Stein- und Braunkohleabbau im orthodoxen, russischsprachigen Osten der Ukraine, besonders im Umfeld der Millionenstadt Donezk. Hier ballt sich das veraltete, aus sowjetischen Zeiten übrig gebliebene industrielle Potenzial der Ukraine. Aus Donezk stammt aber auch der durch Wahlbetrug vorübergehend ins Amt gewählte ukrainische Kandidat Viktor Janukowitsch, für den die Industriellenclans des Ostens mobil machten.

Die Opposition gegen die alten Seilschaften um den bisherigen Präsidenten Kutschma und dessen Zögling Janukowitsch scharte sich um den Gegenkandidaten Juschtschenko, Chef der größten Oppositionspartei »Unsere Ukraine«. Juschtschenko war zwischen 1997 und 2000 Nationalbankchef und von 1999 bis 2001 Premierminister des Landes. Dessen Hochburg ist die West- und Zentralukraine. Diese ist traditionell westlich orientiert.

Schon von ihren Geburtsorten legen beide Kandidaten die Bedienung des Bildes einer gespaltenen, konträr orientierten Tradition des Landes nahe: Zum einen der Osten und Süden der Ukraine, der über Jahrhunderte Teil des russischen Reiches war. Zum anderen der Westen der Ukraine, der bis zur Teilung Polens Ende des 18. Jahrhunderts dem polnisch-litauischen Reich angehörte und später, bis 1918, österreichischer Herrschaft unterstand. Demgemäß erkennt auch die westlich unierte Orthodoxie den Papst als ihr Oberhaupt an – ganz im Gegensatz zur orthodoxen Kirche der russischsprachigen Ostukraine.

So scheint es, dass der die Ukraine »spaltende Wahlgang« um die beiden Kandidaten Victor Juschtschenko und Viktor Janukowitsch sich neben den vordergründigen Programmen noch tief liegenderen historischen Differenzen verdankt. Diesen Eindruck vermittelt zumindest die ukrainische und ein Großteil der westlichen Berichterstattung. Tatsache ist, dass der Osten der Ukraine, das so genannte Kohlerevier, mit seinen Städten Donezk, Charkow und Lugansk eine »Interregionale Union«, eine Union der Ostregionen zum Erhalt der Macht der Seilschaften um Ministerpräsident Janukowitsch ausgerufen hat, nachdem die Opposition diesem Wahlbetrug vorgeworfen hat. Bei diesen vordergründigen Abspaltungstendenzen der Regionalfürsten

um Janukowitsch kam in Gestalt des Moskauer Oberbürgermeisters Luschkow und einer Reihe russischer Emissäre massive Schützenhilfe aus Russland. Offen verkündete das Lager um Janukowitsch, ihr sehnlichster Wunsch sei »die Rückkehr nach Russland« und bediente dabei eine Reihe anti-westlicher Ressentiments. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich hinter diesen Slogans leere Drohungen und die wahre Absicht verbirgt, mit dem drohenden Szenario der Spaltung der Ukraine das Privileg der Zahlung von 950 Millionen Griwna an Kohlesubventionen aus Kiew weiterhin in Anspruch nehmen zu können, sprich zu erpressen. Denn ohne die Subventionen aus Kiew, ohne das weitere Blühen der Schatten- und Vetternwirtschaft besonders in den östlichen Regionen der Ukraine, »ohne die ständige Plünderung des Staatshaushalts müssten die Minen schließen«, konstatiert K. Schuller in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 3. 12. 2004 in seinem Bericht »Düsterer Trotz im Reich des Gubernators« aus Donezk und resumiert: »Angst vor dem Westen und aggressives ›Slawentum‹ sind hier deshalb Massensyndrome.«

Dabei scheint der Autor zu vergessen, dass auch im Osten der Ukraine sich Widerstand gegen die alten verkrusteten Verhältnisse unter Kutschma und dessen Zögling Janukowitsch regt. Der Protest der sich mit orangefarbenen Symbolen schmückenden Anhänger des Oppositionspolitikers Juschtschenko richtete sich primär gegen die historischen Altlasten sowjetischer Herrschaft, eine gährende geistige Leere des status quo, »das entsetzliche, mörderische sowjetische Erbe, das den Menschen Würde, Verstand und Anmut raubt«, wie es der polnische Schriftsteller Andrzej Stasiuk in einem appellativen Essay »Du bist größer jetzt, Europa« am 28. 11. 2004 in der »Süddeutschen Zeitung« zum Ausdruck brachte. Dieser Protest war nicht in dem Ausmaße lokal beschränkt und dem dualen Schema West- gegenüber Ostukraine unterworfen, wie die meisten Berichte der internationalen, aber auch der ukrainischen Pres-

se glauben machen wollten. Das dabei vermittelte Bild, die Anhänger der Opposition befänden sich vor allem im Westen und die des alten Systems im Osten, ist nach Auffassung des populärsten jungen Lyrikers der Ukraine, Sergij Schadan, überzeichnet. Der junge Lyriker lebt selbst in Charkow, einer Stadt in der Ost-Ukraine, unweit der russischen Grenze. Nach Schadan ist der Osten der Ukraine weitaus vielstimmiger »als es Europa« und »die Ukraine wahrhaben will«. S. Schadan sieht in der friedlichen Opposition, die die gesamte Ukraine durchwehe, Impulse eines Allgemein-Menschlichen wirksam, jenseits eines rein Politischen. Es gehe um »ein Gefühl von Würde« und um »Größeres und Wichtigeres als Politik.« Denn in der Ukraine unterstütze das »Volk mehr als alles andere das Recht, sich ›Volk‹ zu nennen.«

### *Krisengürtel, Pufferzone und Frontstaat*

In strategischen Diskussionen wird seit Beginn der 90er Jahre ein durch ethnische Rivalitäten, wirtschaftliche Rückständigkeit, Terrorismus, Migration, Islamismus, Rauschgift-, Waffen- und Menschenhandel bedingter »Krisenbogen« fokussiert, der von Nordafrika, dem arabischen Raum über den Balkan bis nach Zentralasien reicht. Gelten gegenwärtig Palästina, Tschetschenien und der Irak als akute weltpolitische Streitfälle, – nunmehr um den Nuklearfall Iran bereichert –, so sind inzwischen die ehemaligen kaukasischen Konflikte um Georgien, Armenien und Dagestan, so die außenpolitische Terminologie, »eingefroren«. Während sämtliche Konflikte des »Krisengürtels« nahe bzw. vor der Haustür Europas verlaufen, bleiben doch etliche außerhalb der Reichweite europäischen Bewusstseins, so der Befund K.-D. Frankenbergers in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 17. 9. 2004. Weiter heißt es:

»Einige deutsche Teilnehmer eines von der Atlantik-Brücke in Berlin ausgerichteten Seminars mit hohen amerikanischen Offizieren

hat es jedenfalls überrascht und beeindruckt, was alles im Fokus des Interesses der Vereinigten Staaten liegt, wie intensiv sich die zuständigen amerikanischen Militärs mit der Unruheregion Kaukasus ... befassen.« Dieses Interesse gilt aber seit längerem auch der Ukraine. Schon 1997 formulierte der US-Geostratege Zbigniew Brzezinski vorausschauend: »Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr ... Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren 52 Millionen Menschen, bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Russland automatisch die Mittel, ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden.«<sup>1</sup> So gesehen ist die Ukraine »auf dem eurasischen Schachbrett ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt«, an dem im Rahmen der Präsidentenwahlen sowohl die USA als auch Russland drehten.

Russland, für das neben seinen Rüstungsgütern besonders Erdgas und Erdöl die wesentlichen Devisenbringer sind, ist bestrebt, neben der Rohstoffproduktion im eigenen Land auch die Transitwege zu kontrollieren. Damit könnte es die Öl- und Gaspreise stabil hoch halten. So greift seit Jahren die staatlich gelenkte russische Energiewirtschaft nach den ukrainischen Durchleitungssystemen für Öl und Erdgas. Ein Beispiel dafür ist die von der Ukraine gebaute Pipeline von Odessa nach Brody in der West-Ukraine, durch die Kaspisches Öl über Polen nach Westeuropa gelangen soll. Diesbezüglich vermerkt die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«: »... Der Chef der Vereinigten Energiesysteme, Annatolij Tschubajts, versucht, regionale Energieversorgungsunternehmen in russische Hand zu bekommen. Er sprach in diesem Zusammenhang ganz offen von der Errichtung eines »liberalen Imperiums«. Das Ausmaß russischer Investitionen in der Ukraine ist erheblich.«<sup>2</sup>

Russlands »Rohstoff-Imperialismus«<sup>3</sup> drohte zu scheitern, sollte die Ukraine sich im Falle eines Wahlsiegs des westlich orientierten Juschtschenko dazu entschließen, westlichen

Energiekonzernen Zugang zu verschaffen. Ebenso gravierend wäre im Falle einer konsequenten West-Orientierung der drohende Verlust russischer Radaranlagen zur Raketenabwehr und des russischen Marinestützpunkts in Sewastopol. Putins Nervosität und seine offenkundigen Einmischungsversuche für Janukowitsch speisen sich außerdem aus der Befürchtung, dass mit einem Wahlsieg des »Westlers« Juschtschenko das erst kürzlich zustande gekommene Projekt eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes Russland, Weißrussland, Ukraine, Moldawien und Kasachstan obsolet und hinfällig würde. Der Versuch einer Restaurierung russischer Macht, einer zumindest partiellen Wiederherstellung einstiger Größe wäre zum endgültigen Scheitern verurteilt, sollte der zweitgrößte Staat im »slawischen Bund« an den Westen verloren gehen.

Ein Jahr zuvor schon hatte sich Georgien, ein wesentliches Transitland im Kaukasus, aus der russischen Einflusszone emanzipiert. In Polen misslang der Versuch des russischen Erdölkonzerns Lukoil, Raffinerien und Pipelinesysteme zu übernehmen.<sup>4</sup> Die Ukraine weckte also seit längerem russische Begehrlichkeiten, die von US-amerikanischen Komplizen wurden. Faktisch war sie neben Moldawien zum Armenhaus Europas geworden, zu einem Frontstaat zwischen den USA und Russland. Der »einzig verbliebenen Weltmacht« USA geht es seit der Implosion der Sowjetunion darum, Russland auf einen Kernbestand zu reduzieren, um sich die öl- und gashaltigen »Filetstücke« Eurasiens einzuverleiben. Da heraus erklärt sich das amerikanische Engagement in den verschiedensten Staaten Eurasiens, aber auch gegenwärtig in der Ukraine. Dabei drängt sich in einigen Fällen der Verdacht auf, dass die berechtigten Freiheitsbestrebungen der meist aus Studenten, Künstlern, Intellektuellen und Mittelständlern bestehenden ukrainischen Oppositionsbewegung argumentativ instrumentalisiert werden, um geopolitisch »mitzuspielen« oder ein Selbstverständnis zu bedie-

nen, das in anderen Fällen mit anderen Maßstäben urteilt. Oder hat in etwa die Ukraine den USA bei den vorletzten Wahlen mit Sanktionen gedroht, sollten in Florida die Stimmzettel und Wahlverfahren weiterhin derart gravierend manipuliert und gefälscht werden? Reicht vielleicht die imperiale Expansion Russlands so weit, vor den Toren der USA, etwa in Mexiko oder Kanada, Militärberater zu stationieren, die Wahlgänge zu begutachten und mit diversen Stiftungen gleichsam eigenen Wahlfavoriten finanziell unter die Arme zu greifen? Wenn Putins Einmischung für seinen Wunschkandidaten Janukowitsch zu Recht massiver Kritik ausgesetzt wird, warum dann auch nicht die politischen Hilfen, finanziellen Zuwendungen und politischen Einflussnahmen aus Washington, ganz zu schweigen von den Ausbildungsprogrammen der NATO?<sup>5</sup>

### *Ein neuer »Kalter Krieg«?*

Seit der Geiselnahme von Beslan, in Nord-Ossetien, bei der von tschetschenischen Terroristen Hunderte von Schulkindern auf bestialische Weise umgebracht wurden, ist der Ton zwischen Russland und Teilen der westlichen politischen Eliten rauer geworden. Während der internationale Terrorismus allerorten verurteilt und bekämpft wird, wurde im Rahmen der Geiselnahme von Beslan am 1. September 2004, aber auch schon während der beiden Bombenanschläge auf die beiden russischen Tupolews Wochen davor, Russland ermahnt, seine Tschetschenienpolitik zu verändern, gipfelnd in der Aufforderung, seine Truppen dort abzuziehen. Im Rahmen des Schacherns um die Kaspischen Ölvorkommen hätte ein russischer Truppenabzug aus russischer Sicht den sofortigen Einzug von Ausbildern der Nato oder gar von US-Truppen in diesem Gebiet zur Folge. Es blieb also, wie beide Seiten vorab wussten, alles beim Alten. So bleibt der Kaukasus, im mehr oder minder latenten oder offenen Zustand, weiterhin ein

Brennpunkt in den strategischen Auseinandersetzungen um die so genannte Neue Weltordnung, in dem die USA und Russland mit allerlei undurchsichtigen Destabilisierungsmanövern um Einfluss ringen. Bestand bis zu den Ereignissen in Beslan weitgehende Übereinstimmung und geradezu ostentative Harmonie zwischen Russland und den USA, was den Kampf gegen den Terrorismus betraf, so wurde danach die Stimmungslage – bis zur Aufgabe diplomatischer Gepflogenheiten – arg strapaziert.

Zu dieser Zeit begann sozusagen der diplomatische Krieg als eine Variante der verschärften Interessenkollision. So ging Putin in seiner Fernsehansprache anlässlich der Ereignisse in Beslan so weit zu behaupten, über »stichhaltige Fakten« zu verfügen, nach denen »offizielle Vertreter« westlicher Sicherheitsdienste Kontakte zu tschetschenischen Terroristen gehabt hätten. Der russische Außenminister Sergej Lawrow schob Tage nach Putins Fernsehrede am 8. September die Behauptung nach, dass diejenigen westlichen Länder »direkte Mitverantwortung für die Tragödie des tschetschenischen Volkes« trügen, die den Terroristen politisches Asyl gewährten. Gemeint waren damit die USA und England, die mit J. Achmadow und A. Sakajew zwei tschetschenischen Rebellenführern politisches Asyl gewährt hatten. Der Vorwurf des russischen Außenministers folgte dabei dem gängigen politischen Ritual, anderen Staaten die Versäumnisse und Fehler der eigenen Politik anzulasten. Gleichsam markierte er einen Punkt, an dem die Grenze partnerschaftlicher Meinungsdivergenz offenkundig Richtung Gegnerschaft überschritten wurde. Damit war der Reigen gegenseitiger Schuldzuweisungen eröffnet, breitete sich auf die jeweiligen Partnerländer, so auch Deutschland, aus, wo der außenpolitische Sprecher der CDU, F. Pflüger, die Gelegenheit ergriff, Bundeskanzler Schröder zu unterstellen, de facto eine Achse Paris-Berlin-Moskau gegen die USA gebildet zu haben.

Am 28. September 2004 wurde dann ein »Of-

ener Brief an die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der NATO« veröffentlicht, der von einflussreichen Neo-Konservativen in den USA und einer Reihe europäischer Politiker verschiedenster Provenienz unterschrieben war. Tenor des Appells: Putin habe »den demokratischen Weg verlassen« und drohe, Russland in eine Diktatur zurückzuverwandeln. Deshalb sei eine Neu-Orientierung der westlichen Politik Russland gegenüber vonnöten, die Russlands Verhalten nicht mit anderen Maßstäben messen dürfe als das mit den Staaten des Mittleren Ostens geschehe. Einmal abgesehen davon, ob Putins Kurs der »autoritären Modernisierung« bzw. »Diktatur des Gesetzes« mit den theokratischen Systemen eines Saudi-Arabien und Iran vergleichbar ist, befremden die Konnotationen dieser Ankündigung, wird doch damit auf nicht gerade friedvolle Verfahren der Zwangsdemokratisierung in Form einer latenten Drohung angespielt.

Die weitere Unterstellung des Pamphlets, Russland könne jederzeit als Druckmittel seine Garantien für die Energiesicherheit Europas zurückziehen, schürt nicht nur irrationale Ängste, sondern verkennt auch die Tatsache, dass Russland nie auf eine Politik der Vertragsbrüche gesetzt hat. In diesem Punkt gilt gerade Russland als besonders zuverlässig, so sehr auch in anderen Bereichen Missstände bestehen mögen. So sieht der Russland-Experte und Journalist Kai Ehlers in dieser Initiative auch einen Schritt in Richtung Restauration des »Feindbilds Russland« und verweist auf den Kontext der russischen Kaukasus-Politik: »Russland verteidigt sich und seine historischen Ansprüche gegen Westeuropa, die Türkei, Iran, Indien und China – vor allem jedoch gegen die Vereinigten Staaten. Deren strategische Köpfe setzen im ›Amerikanischen Komitee für Frieden in Tschetschenien‹ auf eine Sezession der Kaukasus-Republik, um endlich jenen Präzedenzfall zu haben, der an der Trennlinie zwischen Europa und Asien die strategische Balance unwiderruflich verändert.«<sup>6</sup>

### *Die künftige Rolle Europas*

Es wäre verhängnisvoll, sollte die Ukraine nach der Revision der manipulierten Wahlen und einer wirklichen demokratischen Neuausrichtung in ihren Erwartungen enttäuscht werden, in EU-Beitrittsverhandlungen einsteigen zu können. Ein Großteil der ukrainischen Bevölkerung und der politischen Führung des Landes scheint begriffen zu haben, dass ein weiteres Lavieren zwischen Russland und Europa, zwischen Ost und West, nicht mehr möglich ist. Europa sollte auf diesem Feld alle russischen Einmischungs- und Manipulationsversuche zurückweisen. Dabei wäre es aber auch ebenso verhängnisvoll, sollte Europa Russland düpien, seine Einkreisungsängste nicht ernst nehmen und sich der gegenwärtigen amerikanischen Politik der Restschrumpfung Russlands kritiklos anschließen. Auffällig spät hat Europa auf die Entwicklungen in der Ukraine reagiert und scheint einen Weg zu suchen, sich jenseits einer allzu harschen Konfliktlinie zu positionieren. Nicht anders ist die Äußerung des Kommissionspräsidenten Barroso zu verstehen, man sei »nicht an einem schwachen Russland interessiert«, andererseits aber auch nicht bereit »bei unseren Schlüsselwerten ... unsere Seele« zu verleugnen.<sup>7</sup>

Wäre Europa in der Lage, sich des geostrategischen Feilschens um die Rohstoffe Eurasiens zu entledigen, um eine Mittlerposition zwischen den nunmehr wieder offen zutage tretenden Konkurrenten USA und Russland, künftig mit Sicherheit um China erweitert, zu spielen, so böte sich ihm auch die Perspektive, Politik aus den Anliegen der jeweiligen Bevölkerungen heraus zu gestalten. Dies erforderte aber einen Verzicht auf machtpolitische Projektionen. Versuche einer Remilitarisierung der Europäischen Union oder gar einer Revitalisierung geopolitischen Denkens, wie es in den USA und Russland seit Jahren in Mode ist, führten in das 19. Jahrhundert zurück und würden ein mentales Klima heraufbeschwören, wie es zu Zeiten der »Great

Games« vor dem Ersten Weltkrieg virulent war. Für Europa gälte es gewissermaßen, den Plänen der USA zuvorzukommen. Denn diese wollen »die Ukrainer als »neue Europäer« sehen, um die Nato auszudehnen und die EU zu schwächen.«<sup>8</sup> Eine geplante EU-Aufnahme der Ukraine konterkarierte diesen Plan. Eine von den Europäern garantierte Installierung demokratischer Standards gegenüber russischen und lokalen autokratischen Ambitionen würde andererseits für die ukrainische Bevölkerung die Rahmenbedingungen bereitstellen, in denen diese ihren eigenen politischen Willen und nicht den fremder Mächte realisieren könnte. Nicht ausschließen sollte man mittel- und langfristig auch eine Diskussion, die das politische Magazin »Cicero« in der November-Ausgabe 2004 anregte: Eine Mitgliedschaft Russlands in der EU. Damit wäre sämtlichen Versuchen, neue Trennlinien und Blöcke zu konstruieren, ein für alle Mal ein Riegel vorgeschoben.

Anmerkungen:

- 1 Z. Brzezinski: *Die einzige Weltmacht*, Weinheim, Berlin 1997, S. 74, 75.
- 2 M. Ludwig: *Das Spiel hinter den Kulissen*. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 28. 11. 2004.
- 3 So auch der Titel eines Artikels in der »Süddeutschen Zeitung« vom 26. 11. 2004.
- 4 Siehe dazu auch »Die Zeit«, Nr. 48, 18. 11. 2004: *Ein Reich aus Öl und Gas*.
- 5 Kai Ehlers: *Die Ukraine, Putin und der Westen*. Auf der Homepage AG Friedensforschung an der Universität Kassel.
- 6 »Freitag«, 8. 10 2004: *Feindbild Russland*.
- 7 So in einem Gespräch mit der »Süddeutschen Zeitung« vom 29. 11. 2004.
- 8 Zitiert aus: *Amerikas unsichtbare Hände* von Maria Huber. In: »Die Zeit«, 02. 12. 2004

GERD WEIDENHAUSEN, geb. 1955, studierte Pädagogik und Kunsttherapie und unterrichtet heute an der Waldorfschule Esslingen. Der Autor beschäftigt sich immer wieder mit den Hintergründen der europäischen und US-amerikanischen Politik und hat hierzu bereits zahlreiche Essays verfasst.  
Kontakt: EvelynWeidenhaus@aol.com

## Der Aufstieg Chinas und die EU

Roland Benedikter

Von vorausdenkenden Geostrategen wird seit langem erwartet, dass die Welt des 21. Jahrhunderts in drei große Machtblöcke zerfallen wird: die USA, die erweiterte EU und China. Obwohl damit auf den ersten Blick eine Trinität und also eine gewisse Stabilität gegeben wäre, wird langfristig doch eher mit einer großen Polarität zwischen den USA und China gerechnet – und also mit politischer Dialektik und Konfrontation in globalem Maßstab. Strategen wie Samuel P. Huntington oder Richard Perle bereiten bereits seit Anfang der 1990er Jahre eine Auseinandersetzung »ums Ganze« - politisch, ökonomisch, kulturell und militärisch – zwischen den USA und China vor. Es wird erwartet, dass diese etwa gegen Mitte des Jahrhunderts beginnen wird, wenn China nicht nur wie bisher bevölkerungsmä-

ßig, sondern auch wirtschaftlich und militärisch stark genug sein wird, um den globalen Einfluss der USA auszubalancieren – und den gesamten ostasiatischen Raum, inklusive Japan, langsam in seinen geostrategischen Gravitationsbereich hineinzuziehen.

Die sich anbahnende Konfrontation wird laut den anglo-amerikanischen Strategen den Ausgang des Jahrhunderts, das Schicksal der weltweiten Demokratie und des westlich-rationalen Individualitätsbewusstseins samt seinen spezifischen geistigen und spirituellen Möglichkeiten mit bestimmen. Sie wird massenpsychologisch in den USA, wo national-missionarische Strategien und Medien traditionell eng zusammenwirken, bereits seit längerem vorbereitet. Das kann man unter anderem, worauf US-Kulturwissenschaftler seit Jahren

zu Recht hinweisen, an der in den USA nach wie vor populärsten Fernsehserie aller Zeiten, »Raumschiff Enterprise«, sehen: die Feinde der Menschen sind in den neuesten Utopie-Staffeln der »vierten Generation« seit einiger Zeit nicht mehr Klingonen, sondern andere menschenähnliche Wesen, die nicht zufällig asiatische Gesichtszüge und Mao-ähnliche, »gleichgeschaltete« Raumanzüge tragen.

Es mag angesichts dieser unterschwelligen Berechnungen und Vorbereitungen überraschen, dass die Konfrontation nicht zuletzt gerade auch deshalb erwartet wird, weil die USA und China trotz tiefgreifender Unterschiede auch manche Gemeinsamkeiten zeigen. Beide leben aus einer historischen Mentalität von Handelsrepubliken, in der die Wirtschaft und das »Machen von Geld« (making money) die bestimmende kulturelle Lebensform darstellen. Beide sind säkulare Kulturen, bei denen Dollar und Drache als Symbole des anzustrebenden persönlichen und kollektiven Ideals zwar nicht dasselbe, aber in vielerlei Hinsicht Ähnliches bezeichnen: die Einheit von Wohlstand, Gesundheit, Glück, Kraft und Stärke. Beide gehören zu den größten Energieverbrauchern der Welt und lehnen zugunsten wirtschaftlicher und machtpolitischer Überlegungen das Kyoto-Protokoll ab. Und beide haben, wenn auch in unterschiedlichen Absichten, bereits in den vergangenen Jahren die stillschweigende Aufteilung der Erde in Einflusszonen vereinbart. Das hat sich zuletzt etwa an den Beispielen Afghanistan und Irak gezeigt, wo die Chinesen stillhielten, weil die USA dafür Tibet ignorieren. Auch an der US-Strategie gegen die aufstrebende Nuklearmacht Iran ist China interessiert, überlässt aber dem künftigen Konkurrenten die unbequeme und wenig sympathische aktive Rolle, um sich selbst als besonnener und beruhigender Faktor zu profilieren – frei nach der alten, für die politische Kaste des Landes seit Jahrtausenden gültigen chinesischen Weisheit: »Der Berg bewegt sich nicht«.

Es sind wohl gerade diese Gemeinsamkeiten, die, verbunden mit kulturell-geistigen Inkom-

patibilitäten und sich verschärfendem globalem wirtschaftlich-strategischem Wettbewerb, unweigerlich zur Auseinandersetzung führen werden.

Die aktuelle Entwicklung zeigt in der Tat Symptome, die den Aufstieg Chinas, des mit mehr als einer Milliarde Menschen bevölkerungsreichsten Landes der Erde, nachdrücklich unterstreichen. Nach dem Übergang Hongkongs und Macaos 1997 und der Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation 2001 wächst die chinesische Wirtschaft nach neuesten Statistiken jährlich mit 18% – zu schnell, um mit der Energieversorgung nachzukommen, was mit ein Hauptgrund für das weltweite Ansteigen der Ölpreise in den vergangenen Jahren ist. Zusätzlich sind allein die Auslandschinesen, die mit einer Bevölkerung von mehr als 60 Millionen in der ganzen Welt, vor allem im ostasiatischen Raum, weit verbreitet sind und die dortigen Volkswirtschaften mit kontrollieren, heute die elftstärkste Wirtschaftsmacht der Welt. Der Verkauf der Computersparte von IBM an den chinesischen Hersteller Lenovo um 1,75 Milliarden Dollar im Dezember 2004 war ein weiteres Signal, das aufhorchen hat lassen. China importiert nicht mehr nur passiv und symbolisch Zukunftstechnologie, etwa in Gestalt der Formel 1 nach Shanghai, sondern wird selbst zum aktiven »global player« in Sachen Technologie. Durch den Kauf wird Lenovo künftig einen Jahresumsatz von über 12 Milliarden Dollar erreichen und rund 19 000 Mitarbeiter beschäftigen, von denen 40 Prozent in China arbeiten werden.

Ist es ein Zufall, dass die EU gerade in dieser Konstellation öffentlich die Aufhebung des Waffenembargos gegen China diskutiert? Beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao am 9. Dezember in Brüssel erklärte der derzeitige Ratsvorsitzende, der niederländische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende, eine Aufhebung des Embargos würde mittelfristig beiden Seiten dienen. Die Waffenindustrie ist heute einer der wichtigsten Bereiche der Hochtechnologie weltweit mit den höchsten Investitionsvolumen.

Etwa zur selben Zeit weilte der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, bereits zum sechsten Mal in seiner Amtszeit, als »willkommener Gast« in China, um den von den dortigen Führungsspitzen der »meta-kommunistischen« Partei gewünschten Hochtechnologie-Transfer auf den größten und schnellst wachsenden Markt der Welt zu vereinbaren. Bei alledem darf nie vergessen werden, dass China bis heute in keinerlei Weise eine Demokratie ist. Im Gegenteil: Die Unterdrückung von Zivilgesellschaft und freien Parteien nimmt zu, die Hinrichtungen erreichten 2003 einen neuen Höchststand, wie die italienische Menschenrechts-Organisation »Nessuno tocchi Caino« (»Niemand lege Hand an Kain«) im Dezember 2004 meldete, und der massive Völkermord in Tibet geht nach der faktisch bereits weitgehend erfolgten Zerstörung des tibetischen Menschheits-Kulturerbes ungebremst weiter.

Was bedeutet das? Die EU verhält sich auch nach ihrer Erweiterung vom 1. Mai 2004 auf weltpolitischer Ebene naiv. Sie ist weitgehend mit sich selbst beschäftigt, denkt kurzfristig und hat, im Unterschied zu den USA und China, noch keinen Sinn für die langfristigen globalen Weichenstellungen, die nur in ganzheitlicher und zeitlich gedehnter Perspektive erfolgen können. Diese Naivität ist nicht zuletzt die Folge des postmodernen Denkens, das die Universitäten der 1980er und 1990er Jahre bestimmte und die heutige politische Generation geprägt hat. Leit-Denker wie Jacques Derrida, Jean-Francois Lyotard oder Michel Foucault gingen aufgrund ihres radikalen Anti-Realismus und ihrer pauschalen Gleichsetzung von Geist mit Gewalt und Unterdrückung davon aus, dass Menschenrechte als geistiges Zentrum moderner Demokratien relative Konstrukte seien. Sie seien nur eine spezifische kulturelle Erfindung Europas in einer bestimmten historischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Situation, die anderen Kulturen nicht aufgezwungen werden könne. Es dürfe auch keine langfristige Planung von Politik anhand von Maßstäben und Leitbildern mit

ganzheitlichem Anspruch mehr geben, weil diese unausweichlich nur wieder usurpatorisch wirken würden wie die alten Ideologien der Moderne. Stattdessen solle und könne man nur »lokal, temporär, am Einzelfall und vielleicht sogar willkürlich« (Lyotard) handeln. Obwohl darin für die heraufdämmernde Prozessgesellschaft des 21. Jahrhunderts auch ein fortschrittlicher Aspekt (Inspiration und Geistesgegenwart als Zentrum zeitgemäßer politischer Steuerung anstelle starrer Ideologien) liegt, grenzt eine solche Haltung im Zeitalter zunehmender weltweiter Vernetzung, in der der hermeneutische Zirkel von einer geistigen zu einer politischen Tatsache wird, weil das Einzelne immer weniger ohne das Ganze und das Ganze immer weniger ohne das Einzelne verstanden werden kann, an gewollte Selbstverstümmelung. Was wohl die Tibeter dazu sagen? Und was bedeutet die heute erst wirklich beginnende politische Tiefen-Wirkung des postmodernen Denkens für die Positionierung der »dritten Macht« EU im 21. Jahrhundert zwischen West und Ost?

Der Aufstieg der Nicht-Demokratie China in weltweitem Maßstab ist unübersehbar. Und er erfolgt schneller als erwartet. Vor allem: Er erfolgt mit Hilfe von paradoxalen US-Machtinteressen einerseits und europäischer Naivität andererseits. Wohin die aktuellen Symptome weisen, ist derzeit offen. »Der Berg bewegt sich nicht« – diese alte Strategie des großen, uneinnehmbaren China der Kaiserzeit, die die heutigen »halbsozialistischen« Machthaber bis zum Erreichen der »kritischen Schwelle« an wirtschaftlicher und militärischer Macht weiterführen wollen, um dann erweiterbare Optionen nach allen Seiten innezuhaben, scheint langfristig aufzugehen.

*ROLAND BENEDIKTER*, geb. 1965, ist Mitarbeiter des Instituts für Ideengeschichte und Demokratieforschung in Innsbruck und Dozent an verschiedenen Universitäten. Zahlreiche Veröffentlichungen. – Cavour Str. 23a, I-39100 Bozen, E-Mail: rolandbenedikter@yahoo.de.

**Hinweis:** Im Frühsommer 2005 erscheint ein Themenheft von DIE DREI über China!